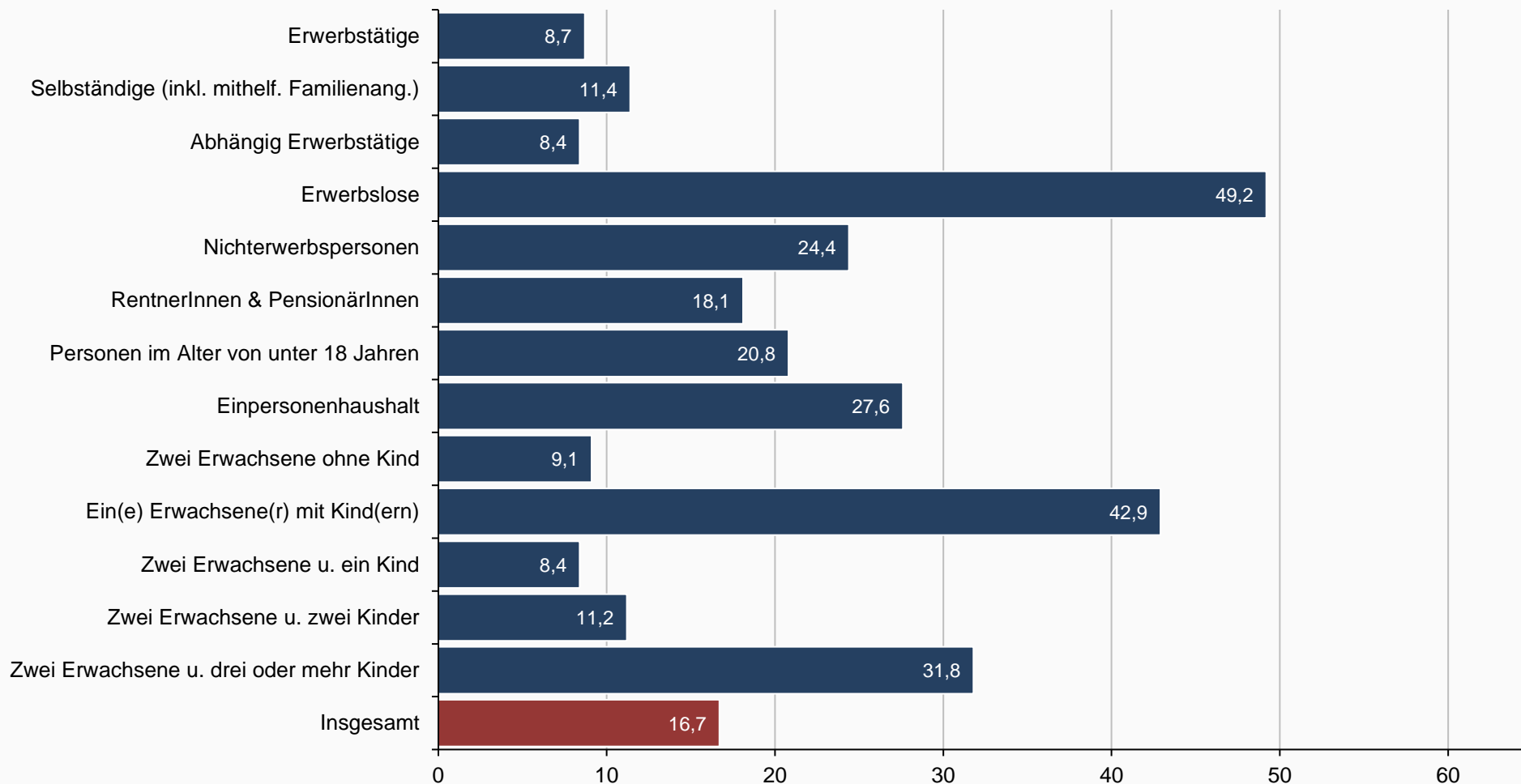


■ Armutsgefährdungsquoten¹ nach Erwerbs- und Haushaltsmerkmalen 2022² in % der jeweiligen Bevölkerung



¹ Anteil der Personen mit einem bedarfsgewichteten pro-Kopf Haushaltseinkommen (Äquivalenzeinkommen) von weniger als 60% des Durchschnitts (Median) der Einkommen der jeweiligen Bevölkerung in Deutschland insgesamt. Äquivalenzskala: neue OECD-Skala. ² Für 2022 vorläufig Endergebnisse. .

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2023), Sozialberichterstattung - Datenbasis: Mikrozensus

Armutsgefährdungsquoten nach Erwerbs- und Haushaltsmerkmalen 2022

Das Risiko, von Armut betroffen zu sein, verteilt sich nicht gleichmäßig auf die gesamte Bevölkerung. Während die Armutsgefährdungsquote in Deutschland insgesamt im Jahr 2022 bei 16,7 Prozent lag, sind ausgewählte Personengruppen - abgegrenzt nach Erwerbs- und Haushaltsmerkmalen - unterschiedlich stark betroffen. Die Abbildung zeigt all die Gruppen, die besonders hohe, über dem Durchschnitt liegende Armutsquoten aufweisen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es bei der Darstellung zu mehrfachen Überschneidungen kommen kann. Zum Beispiel kann eine alleinerziehende Mutter zugleich jung, arbeitslos und gering qualifiziert sein.

Weit oberhalb der Armutsbetroffenheit der Gesamtbevölkerung (16,7 Prozent) liegen vor allem Erwerbslose. Sie weisen eine besonders hohe Armutsgefährdungsquote von 49,2 Prozent auf. Allerdings ist die hohe Armutsbetroffenheit dieser Personengruppe kein Zufall, sondern eng mit der seit dem Jahr 2005 eingeschlagenen sozialpolitischen Richtung verknüpft. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, die begrenzte Bezugsdauer der Versicherungsleistung Arbeitslosengeld und die durch die Sanktionspraxis möglich gewordene Kürzung der Regelbedarfe des SGB II (vgl. [Abbildung IV80](#)) sollten den Druck auf Arbeitslose erhöhen, jede nur mögliche Beschäftigung aufzunehmen. Die Konsequenz dieser ‚aktivierenden‘, auf ‚work first‘ angelegten Arbeitsmarktpolitik ist neben der Ausweitung bzw. dem Bestehen eines Niedriglohnssektors (vgl. [Abbildung III32](#)) auch ein nach wie vor extrem hohe Armutsgefährdung von Erwerbslosen.

Besonders auffällig ist außerdem die Situation von Alleinerziehenden, die mit einem oder mehreren Kindern in einem Haushalt leben. Unter ihnen sind im Jahr 2022 etwa 42,9 Prozent armutsgefährdet. Die Betrachtung im Zeitverlauf zeigt, dass sich bei dieser Personengruppe in den letzten Jahren keine nennenswerte Verbesserung eingestellt hat. Vielmehr verharrt die Armutsbetroffenheit von Alleinerziehenden mit kleineren Schwankungen relativ konstant auf diesem sehr hohen Niveau (vgl. [Abbildung III76](#)). In besonderer Weise armutsgefährdet sind außerdem Paarhaushalte mit drei oder mehr Kindern. Knapp ein Drittel dieser Personengruppe muss mit einem Einkommen unterhalb von 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zurechtkommen (siehe methodische Hinweise). Demgegenüber sind Paarhaushalte mit einem Kind oder mit zwei Kindern unterdurchschnittlich häufig von Einkommensarmut betroffen.

Klar ist, dass mit der Geburt von Kindern ein doppeltes Einkommensproblem entsteht: Auf der einen Seite fallen für das Kind/die Kinder zusätzliche Kosten an, die sich neben der alltäglichen Versorgung auch auf die Betreuung und Erziehung erstrecken. Je nach Alter des Kindes fällt der benötigte Unterhalt unterschiedlich aus und nimmt mit dem Alter des Kindes in der Tendenz zu. Auf der anderen Seite sinken die Einnahmen des Haushalts, weil für die Betreuung des Kindes oder der Kinder in der Regel eine kürzer- oder längerfristige Erwerbsunterbrechung notwendig ist. Nach wie vor sind es häufig Frauen, die ihre Berufstätigkeit (vorrübergehend) ganz aufgeben oder zeitlich reduzieren (vgl. [Abbildung IV22](#) und [Abbildung IV20](#)). Ihre Einkommensverluste setzen sich in der Regel auch dann fort, wenn sie nach der Familienphase wieder ins Erwerbsleben zurückkehren. Wenn die Wiedereingliederung in Teilzeit oder auf einem nicht qualifikationsangemessenen Arbeitsplatz basiert ist die Gefahr groß, dass sich die hinzunehmenden Einbußen über das gesamte Erwerbsleben hinweg erstrecken.

Sozialstaatlich konzentriert sich der Lösungsansatz gegen die Kinder- und Familienarmut in den letzten Jahren besonders darauf, Mütter und Väter schnell(er) in Arbeit zu bringen. Umso höher die Erwerbseinkommen sind, die einem Familienhaushalt bezieht, umso besser lassen sich die kinderbedingten Mehraufwendungen bewältigen, so die Leitidee. Dabei kommt es allerdings darauf an, ob und in welchem Umfang, in welcher beruflichen Stellung und zu welchem Lohnniveau Mütter und Väter einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Durch die Flexibilisierung des Elterngeldes (Plus) (vgl. [Abbildung VII43](#)) und dem Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur (vgl. [Abbildung VII28](#)) sollen die Möglichkeiten geschaffen werden, dass Eltern früh(er) wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren können. Diese Leitvorstellung kann offensichtlich vor allem von Paaren mit ein oder zwei Kindern umgesetzt werden, während das Familien mit drei oder mehr Kindern oder Alleinerziehenden deutlich seltener gelingt. Die normative Vorstellung einer für allen zugänglichen Erwerbsintegration auf der einen Seite und die Bedingungen des Arbeitsmarktes, die Praxis in den Betrieben oder der Zugang zu sowie die Kosten der außerhäuslichen Kindertagesbetreuung auf der anderen Seite scheinen mit der Lebenssituation von Mehrkinderfamilien und Alleinerziehenden nach wie vor deutlich schlechter in Einklang zu bringen zu sein.

Methodische Hinweise

Als einkommensarm gelten Personen, deren bedarfsgewichtetes pro-Kopf Haushaltseinkommen (Nettoäquivalenzeinkommen) weniger als 60 % des mittleren, am Median gemessenen Nettoäquivalenzeinkommens beträgt. Zur Armutsdefinition und zum Berechnungsverfahren im Detail vgl. die methodischen Hinweise in [Abbildung III.70](#).

Die Daten entstammen dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Der Mikrozensus ist eine repräsentative Haushaltsbefragung, in der jährlich 1 % aller Haushalte in Deutschland, ausgewählt nach einem festgelegten statistischen Zufallsverfahren, zu ihrer Erwerbsbeteiligung, ihrer Ausbildung sowie zu ihren Lebensbedingungen befragt werden. Im Jahr 2021 wurden etwa 810.000 Personen befragt. Bei den berichteten Werten handelt es sich um vorläufige Erstergebnisse. Insbesondere der Vergleich der Daten ab 2020 mit den Vorjahren ist eingeschränkt, da es zu weitreichenden Änderungen in der Erhebung sowie zu Erhebungsproblemen im Zuge der COVID-19-Pandemie kam. Die Trendaussage der Daten ist jedoch belastbar.

Auf Befragungen basierende Daten über die Einkommensverteilung haben mit dem Problem zu kämpfen, dass die Befragten bei der Selbsteinschätzung nicht immer alle Einkommensbestandteile korrekt angeben können bzw. wollen. Auch ist zu berücksichtigen, dass die Bezieher*innen sowohl von sehr hohen als auch von sehr niedrigen Einkommen seltener an freiwilligen Erhebungen teilnehmen.

Eine weitere, häufig für Einkommens- und Armutsanalysen genutzte Datenquelle ist das SOEP (Sozio-ökonomische Panel). Zu den aus dem SOEP ermittelten Armutsquoten vgl. [Abbildung III.14](#) und die [Abbildungen III.2](#).